

# Mechthild Heil MdB

CDU

Berlin-Info Nr. 38 | 18. Oktober 2019



Web: [www.mechthild-heil.de](http://www.mechthild-heil.de) | Instagram: [www.instagram.com/mechthild\\_heil](https://www.instagram.com/mechthild_heil)

Facebook: [www.facebook.com/MechthildHeil](https://www.facebook.com/MechthildHeil) | Twitter: [@MechthildHeil](https://twitter.com/MechthildHeil)

Liebe Leserinnen und Leser,

in der vergangenen Woche erschütterten uns alle die Nachrichten aus Halle. Ein Rechtsextremer versuchte während der Feierlichkeiten zum höchsten jüdischen Feiertag, Jom Kippur, in die dortige Synagoge einzudringen. Nachdem ihm dies nicht gelang, erschoss er wahllos zwei Menschen und verletzte auf seiner Flucht zwei weitere Personen schwer, bevor er von der Polizei festgenommen werden konnte.

Ich glaube wir alle waren von dieser offen antisemitischen Tat schockiert und betroffen. Viele Menschen haben versucht, ihre Anteilnahme mit den Opfern und der jüdischen Gemeinde in Halle zu demonstrieren. Man kann wütend sein, dass eine solche Tat in Deutschland 2019 passieren kann. Wir können uns fragen, ob wir antisemitische Strömungen in den letzten Jahren nicht ernst genug genommen haben. Und die Zuständigen in Politik und Sicherheitskreisen müssen überlegen, wie wir solche Ereignisse in Zukunft verhindern können. Jeder geht mit einem solchen Ereignis anders um und das ist völlig in Ordnung.

Aber es ist überhaupt nicht in Ordnung, wenn ein AfD-Politiker, zudem noch Vorsitzender des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz im Deutschen Bundestag, einen Post auf Twitter teilt, in dem nach dem Anschlag zu lesen war, dass Politiker vor Synagogen „lungern“. Diese Herabwürdigung der Vielzahl an öffentlichen Solidaritätsbekundungen vor jüdischen Gotteshäusern ist widerlich.

Ich bin froh, dass ich in der Sitzung des Rechtsausschusses am Mittwoch, gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen aus allen Fraktionen – die AfD ausgenommen-, dem Vorsitzenden des Ausschusses Stephan Brandner MdB für dieses unmögliche Verhalten eine Rüge erteilen konnte.

Wir dürfen es nicht zulassen, dass die AfD, unter dem Deckmäntelchen bürgerlicher Politik, weiterhin den Weg ebnet für Hass, Antisemitismus, Rechtsextremismus und Gewalttaten. Wir müssen uns darauf besinnen, was uns verbindet, nämlich der Glaube an eine offene Gesellschaft, und gemeinsam gegen die zunehmende Etablierung und Normalisierung von Hass und Hetze angehen.

Trotz dieser erschütternden Ereignisse wünsche Ihnen und Ihren Familien umso mehr ein schönes gemeinsames Wochenende

Ihre Mechthild Heil

## Ein Abkommen zum Brexit finden – oder die Quadratur des Kreises

Heute schreibe ich Ihnen zu einem Thema, bei dem alles schon wieder ganz anders sein kann, wenn Sie meinen Text lesen. Aber ich gehe einmal von dem aus, was man Stand jetzt sagen kann. Aus Brüssel war gestern zu hören, dass es eine Einigung auf einen Brexitvertrag zwischen der EU und Großbritannien gegeben habe. Die Bundeskanzlerin hatte kurz zuvor in ihrer Regierungserklärung noch darauf hingewiesen, dass „wir noch nicht am Ziel sind“. Und vor allem hat sie treffend festgestellt, dass es sich bei dem Versuch, doch noch einen Vertrag zum Brexit zu schließen, um die Quadratur des Kreises handeln würde.

Zur Erinnerung noch einmal die Ausgangslage: Großbritannien beabsichtigt am 31. Oktober – also in 13 Tagen – die EU zu verlassen. Auch jetzt gibt es noch keinen parlamentarisch ratifizierten Vertrag für diesen Tag. Das britische Unterhaus soll nun am morgigen Samstag dem in Brüssel ausgehandelten Vertrag zustimmen. Heute und morgen treffen sich die EU-Regierungschefs zum regulären EU-Gipfel. Nach allgemeiner Lesart war das die letzte Gelegenheit, einen Vertrag der EU mit London zu erreichen, was nun zunächst einmal gelungen scheint.

Die Zustimmung des britischen Unterhauses zum nun ausgehandelten Vertrag ist aber völlig offen. Immerhin ist diese Zustimmung des Parlaments in Westminster ein Unterfangen, an dem die vorherige Regierung von Theresa May bereits zwei Mal gescheitert ist. Und die Situation im britischen Unterhaus ist seitdem nicht gerade einfacher geworden. Die britische Regierung hat nach dem Rauswurf einer ganzen Reihe von Abgeordneten aus der Tory-Fraktion eindeutig keine Mehrheit mehr im Unterhaus und auch der Koalitionspartner von der nordirischen DUP hat bereits angekündigt, dem Vertrag nicht zuzustimmen. Die britische Regierung braucht also sehr viele Stimmen aus der Opposition—und danach sieht es derzeit eher nicht aus.



Der neue Optimismus in Brüssel dagegen beruht auf der Erkenntnis, dass die Probleme einer erneuten Grenze auf der irischen Insel nun dadurch gelöst worden sind, dass Nordirland – das Teil des Vereinigten Königreichs ist – deutlich näher am europäischen Binnenmarkt bleibt als der Rest Großbritanniens. Allerdings sollte man nicht vergessen, dass genau eine solche Konstruktion bereits Anfang 2018 zwischen beiden Seiten besprochen worden ist. Dieser Gedanke ist aber von der britischen Regierung damals kategorisch abgelehnt worden.

Im Endeffekt würde das heißen, dass die britische Regierung die Kontrolle über Nordirland ein Stück weit abgeben müsste, um den Rest des Landes komplett aus der EU zu führen. Wer sich mit der Entwicklung Irlands in den letzten 100 Jahren etwas befasst hat, muss skeptisch sein, ob sich dafür in London nun eine Mehrheit finden wird. Es bleibt also spannend am morgigen Samstag und wahrscheinlich auch danach. Im schlimmsten Fall könnte es am 31. Oktober einen ziemlich unheimlichen Spuk mitten in Europa geben. Angela Merkels Einschätzung von gestern ist deshalb weiter gültig: Noch sind wir nicht am Ziel—bei der Quadratur des Kreises.

## Sondersitzung der Bundestagsfraktion in Leipzig



Vor 30 Jahren haben die Menschen in der DDR mit Zivilcourage und Freiheitswillen die Mauer zum Einsturz gebracht und die SED-Diktatur beendet. Um die besondere Rolle Leipzigs während der Friedlichen Revolution zu würdigen, kam die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu einer Sondersitzung in der Messestadt zusammen. Dabei verabschiedeten wir einen „Leipziger Aufruf“, in dem wir nicht nur an die mutigen Bürger erinnerte, sondern auch die weitere Aufarbeitung und Wiedergutmachung des DDR-Unrechts fordern. Besonders anregend war das Interview von Ralph Brinkhaus mit unserer Bundeskanzlerin. Sie verbrachte den Abend des 9. November 1989 in der Sauna und besuchte anschließend

zum ersten Mal West-Berlin. Ich freue mich, dass wir im kommenden Jahr das 30. Einheitsjubiläum feiern könne, auch wenn in Sachen innerer Einheit und gleichwertiger Lebensverhältnisse viel zu tun bleibt.

## Fraktionskongress „Farbe bekennen statt Buntheit bejammern - Christlicher Kompass in der pluralen Gesellschaft“

Bereits seit vielen Jahren nimmt die religiöse Vielfalt in Deutschland zu. Den „neuen“ Kirchen und Religionsgemeinschaften begegnet unser Grundgesetz mit umfassender Religionsfreiheit sowie dem Angebot zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit. Gleichzeitig erleben wir eine fortschreitende Säkularisierung in unserer Gesellschaft. Auf der anderen Seite ist es unstrittig, dass die Wertordnung unseres Grundgesetzes maßgeblich von christlichen Überzeugungen geprägt ist. Bei einem Fraktionskongress am Mittwoch haben wir erörtert, welche Konsequenzen wir aus



dieser Entwicklung ziehen sollten. Bietet unser Religionsverfassungsrecht – erstmalig ver-schriftlicht in der Weimarer Reichs-verfassung vor 100 Jahren – noch den richtigen Rahmen für

die Beziehung zwischen dem Staat, den Kirchen und Religionsgemeinschaften? Im Rahmen des Kongresses konnten wir deutlich machen, dass christlich geprägte Wertvorstellungen gerade in einer pluralen Gesellschaft ein unverzichtbarer Kompass sind, zumal sie von vielen Anders- oder Nichtgläubigen geteilt werden.

Ich freue mich, dass ich das Podium zur Frage „Wie können Religionen und ihre Organisationen zukünftig gesellschaftliche Bedeutung entfalten?“ moderieren durfte. Auch für meine Arbeit als Bundesvorsitzende der kfd habe ich viele gute Gedanken aus dem Kongress mitnehmen dürfen.

*Foto: CDU/CSU-Bundestagsfraktion/Michael Wittig*

## Termin mit dem Generalsekretär des Deutschen Bauernverbandes

Am Donnerstagvormittag traf ich mich mit dem Generalsekretär des Deutschen Bauernverbandes (DBV), Herrn Bernhard Krüsken, zu einem Gespräch. Landwirtschaft und Bauen stehen in einer sehr engen Beziehung, sodass eine Menge Themen auf der Agenda standen. Unter anderem ging es um die Schnittmengen zwischen Baurecht und Landwirtschaft, insbesondere vor dem Hintergrund des Tierwohls, und der Entwicklung des ländlichen Raumes. Hier planen wir für unsere Bäuerinnen und Bauern unter anderem Erleichterungen bei der Stallsanierung. So tragen wir weiter zu einem modernen und standortgerechten Planungsrecht bei.



## Diese Woche im Plenum: Wohngeldstärkungsgesetz

Heute hat der Bundestag über das Wohngeldstärkungsgesetz der Bundesregierung abgestimmt. In der vorhergehenden Diskussion habe ich deutlich gemacht, dass nur durch die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum eine dauerhafte Entlastung auf angespannten Wohnungsmärkten erreicht werden kann. Ideen aus der Mottenkiste, wie im Land Berlin derzeit diskutiert, klingen nur oberflächlich gut, werden die Situation langfristig aber sogar weiter verschärfen.

Wir erhöhen mit der heute beschlossenen Reform sowohl die Anzahl der Bezieher von Wohngeld als auch die Wohngeldhöhe um jeweils etwa ein Drittel. Ab 1. Januar 2020 unterstützen wir damit ganz konkret

660.000 Haushalte in unserem Land.

Das Wohngeld ist die am schnellsten wirkende Maßnahme, mit der wir Menschen von stark steigenden Wohnkosten in Ballungsgebieten entlasten können. Es ist damit eine ideale Ergänzung zu den längerfristigen Maßnahmen für mehr Wohnraum, die wir bereits angestoßen haben



Foto: picture alliance/imageBROKER